WLZ

Zeitschrift der GEW Wiesbaden

Nr. 2 / 2007

25. Jahrgang

Katja Plazikowsky

An den Herrn Ministerpräsidenten R. Koch sowie Herrn Finanzminister K.H. Weimar und Frau Kultusministerin K. Wolff des Landes Hessen

Sehr geehrte Frau Wolf, sehr geehrter Herr Koch, sehr geehrter Herr Weimar,

selten ist man in den heutigen Zeiten erfreut, wenn man auf seine Gehaltsabrechnung sieht – diesmal war dies anders, denn mein Bezügenachweis für November 07 war deutlich höher als in den Vormonaten.

Wie bereits durch die Presse und die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung hinreichend bekannt, wurde den Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen eine nicht unbeträchtliche Einmalzahlung von 15-20% des Monatsgehaltes zuteil. Außerdem dürfen wir uns auf eine Gehaltserhöhung von 2,4 % ab April 2008 freuen.

Ich bin Lehrerin an einer Förderschule, die zur Zeit mit massiven Problemen (nicht nur) im Hinblick auf die Stellenbesetzung zu kämpfen hat - bei einem Kollegium von ca. 30 Personen sind allein vier Stellen unbesetzt, wir arbeiten mit lerngestörten, verhaltensauffälligen, praktisch bildbaren und psychisch gestörten Kindern unter schwierigsten räumlichen und organisatorischen Bedingungen. So ist die Einmalzahlung von Ihnen sicher auch als eine Anerkennung dieser verantwortungsvollen Arbeit gedacht!

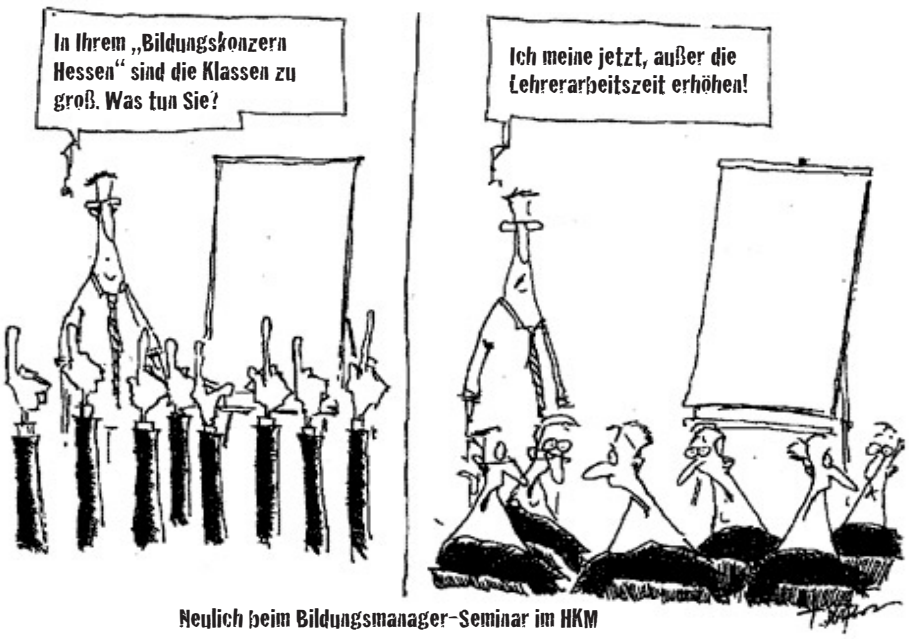
Dass sie so kurz **vor** der Landtagswahl ausgezahlt wird, ist bestimmt zufällig und hat nichts mit diesem landespolitisch wichtigen Termin zu tun; wissen wir doch alle, dass die finanzielle Situation des Landes Hessen prekär ist und beispielsweise der Unterhalt des Leuchtturmprojekts „Hansenberg“ oder auch das Herstellen von Hochglanzbroschüren über die Erfolge der Schulpolitik viel Geld verschlingt.

Auch nehme ich es Ihnen nicht übel, dass die eingangs erwähnte Gehaltserhöhung – die Sie in geschickter Kooperation mit dem Beamtenbund, nicht etwa mit den anderen Gewerkschaften, beschlossen haben - um 0,6 Prozent niedriger als in den anderen Bundesländern ausfällt und zudem auch noch um 3 Monate nach hinten geschoben wird, die Beschäftigen des Landes Hessen also deutlich schlechter als andere Beamtinnen und Beamten bezahlt werden! Ein wenig verwundert es mich aber dann doch, dass ebendieser Beamtenbund - nachdem die Abgeordneten des Deutschen Bundestages richtungsweisend für sich eine Diätenerhöhung von fast 10 Prozent beschlossen haben - für kommende Tarifverhandlungen deutlich höhere Abschlüsse auch für Beamte gefordert hat.

Trotzdem kann ich nachvollziehen, dass das Land Hessen die höchste Pflichtstundenzahl für Lehrkräfte, die es im Bundesland je gab, ebenfalls in Übereinstimmung mit dem Beamtenbund festgeschrieben hat: Kann sich doch jeder leicht darüber informieren, dass die Stellenbesetzung an den Schulen sowie die Situation insgesamt nach wie vor katastrophal ist und die Klassengrößen so hoch wie noch nie sind – da müssen schon alle Beteiligten ihre individuellen Opfer bringen. Um so schöner, dass eine gewisse Fürsorge der politisch Verantwortlichen immer wieder zu spüren ist und wir uns über gelegentliche Zuwendungen freuen dürfen!

Mit freundlichen Grüßen

K. P.



Neulich beim Bildungsmanager-Seminar im HKM

Christa Göppert

Herausforderung Deutschunterricht – bei den vielen Vorgaben von „oben"

Unter diesem Titel lud die GEW-Fachgruppe Grundschule im Februar zu einer Fachtagung in die Hebbelschule ein. Die Professorin Charlotte Röhner referierte zum Thema" Sprache(n) fördern und kommunikativ entwickeln – Neuere Ansätze und didaktische Konzepte".

Ausgangspunkt ihres Referats bildete die Mehrsprachigkeit als Bildungsziel. Einerseits wird es in Europa selbstverständlich werden, zwei und mehr Sprachen zu sprechen. Andererseits gibt es viele Kinder mit Migrationshintergrund, die in „doppelter Halbsprachigkeit" aufwachsen. Ihre Bildungschancen, das hat PISA bestätigt, sind gering. Es ist eine wesentliche Aufgabe von Kita und Schule, die Herkunftssprache wertzuschätzen und die Entwicklung der Sprachbewusstheit zu nutzen. Dies sei, so Frau Röhner, keine Schwierigkeit für die zweisprachigen Kinder. Dieser Herausforderung müssen sich auch die monolingualen Lehrer stellen.

Sie führte vier Grundsätze aus, die nach dem aktuellen Forschungsstand für die Sprachförderung bedeutsam sind:

1. Diagnose als wichtiges Instrument für eine gezielte Förderung
2. lebensweltliche Orientierung
3. systematischer Spracherwerb
4. und Reflexion über Sprache.

Sehr anregend waren die praktischen Beispiele zu den Punkten 2 bis 4. Die sprachlichen Förderaspekte der Bilderbücher veranschaulichte Frau Röhner anhand des Bilderbuches „Die Große Frage" von Wolf Erlbruch. Die Informationen über Berliner Theaterprojekte mit Kindern und Jugendlichen, insbesondere über das Projekt an der Thomas-Mann-Schule, vermittelte sehr anschaulich, wie systematischer Spracherwerb und Reflexion über Sprache erfolgreich vermittelt werden können. Dazu, so Frau Röhner, gehöre Mut als Kollegium diesen Weg zu gehen sowie ein Begleitprogramm, das die Eltern mit einbezieht. Sprachförderung heißt hier die Sprachen aller Kinder fördern. Das geht über die Herkunftssprachen hinaus. Dabei sei an die Reggio-Pädagogik erinnert: I cento linguagge dei bambini – Die 100 Sprachen der Kinder.

In der Diskussion nahmen viele KollegInnen zunächst sehr positiv Bezug auf die praktischen Beispiele des Vortrags. Sehr bald stand jedoch die Frage im Raum: Wie kann bei der derzeitigen Unterversorgung der Grundschulen, der Testeritis und ständig neuen Vorgaben, ein Rahmen für förderliche und motivierende gemeinsame Vorhaben geschaffen werden?

Antworten konnten nicht gegeben werden. Geht es doch darum, das eine anzupacken und gleichzeitig für bessere Rahmenbedingungen zu kämpfen.

Eine Gratwanderung, die unser gewerkschaftliches Engagement kennzeichnet.

Die anschließende Materialbörse, die Kolleginnen verschiedener Grundschulen aufgebaut hatten, lockerte auf und gab praktische Anregungen. Sie bot KollegInnen darüber hinaus auch eine gute Gelegenheit, sich kennen zu lernen und auszutauschen.

Thomas Eilers

Neues von „PISA und der Wolff":

Unsere Grundschüler haben im Leseleistungsvergleich weltweit Rang elf unter 35 Nationen und 10 Regionen erreicht. Das ist der gleiche Platz wie beim ersten Test 2001. Für Ministerin Wolff haben sich „die hessischen Anstrengungen" (ihre?) ausgezahlt: „Grundschulen deutlich besser als 2001", ruft sie in ihrer Pressemitteilung vom 28.11.07. Ja, bei der Punktezahl zum Leseverständnis konnten sie etwas zulegen. Gleichzeitig wird der Zugang zur deutschen Schule aber sozial immer ungerechter. Zehjährigen aus der Oberschicht fällt es demnach immer leichter, selbst bei weit unterdurchschnittlichen Leistungen eine Empfehlung für das Gymnasium zu erhalten. Von KIndern aus einfachen Arbeiterhaushalten dagegen werden dafür Spitzenleistungen verlangt. Immerhin, und das spricht für das gemeinsame Lernen an den Grundschulen, wird am Ende der 4. Klasse der Anteil der „Risikokinder" mit 13,2 Prozent als „vergleichsweise gering" eingeschätzt. Am Ende des zehnten Schuljahres gilt in Deutschland nahezu jeder vierte als „Risikoschüler" mit erheblichen Problemen beim Berufseinstieg. Trotzdem soll die Sekundarstufe dreigliedrig bleiben. Im Verhältnis zur bildungspolitischen Schräglage von Frau Wolff steht der Turm von Pisa kerzengerade!

Dorothea Stöver

Die so genannte „institutionelle Diskriminierung" der Gesamtschulen und die besondere Diskriminierung von Integrierten Gesamtschulen durch den Wiesbadener Kurier

Ende August diesen Jahres und erstaunlich pünktlich zum Wahlkampf entdeckte der Wiesbadener Kurier, d.h. sein Bildungsexperte Christoph Cuntz das Thema „Integration und Schulen". Dazu ist bis dato schon einiges gesagt worden; Studien belegen, dass das deutsche Schulsystem spätestens nach der Grundschule wenig zur Integration, besser: - Inklusion - von Kindern mit Migrationshintergrund beiträgt. Im Gegenteil: Vorhandene (Sprach-)Defizite wirken sich besonders für Migrantenkinder zunehmend als Hindernis aus, in der Sekundarstufe erfolgreich zu sein. Es bleibt überproportional die Hauptschule, überproportional oft auch die sog. Förderschule.

Überraschend hat C. Cuntz als eigentlichen oder besonders „willkommenen" Feind von Integration die Integrierten Gesamtschulen ausgemacht. Wie geht das? Er interviewt Bildungsforscher Frank-Olaf Radtke, der gerne mal seine – durchaus wichtigen - Zahlen in die Öffentlichkeit bringt. Demnach grenzen die Helene-Lange-Schule und die IGS Kastellstraße durch ihre Aufnahmepraxis Kinder mit Migrationshintergrund aus.

Die Anstrengungen/Verdienste der Helene-Lange-Schule sollen hier nicht zur Diskussion stehen. Als Versuchsschule mit besserer Ausstattung hat sie und stellt sie sich besondere Aufgaben, die nicht zu vergleichen sind. Als solche hat sie sich bundesweit einen guten Ruf erworben, der offensichtlich auch nicht dadurch geschmälert wird, dass die Ausländerquote auffallend gering ist.

Mich beschäftigt der Vorwurf die IGS Kastellstraße betreffend, weil ich dort seit ca. 17 Jahren tätig bin. Abgesehen von der offenen Frage, was Ausländerkinder und was Kinder mit Migrationshintergrund sind, weiß ich nicht, wie es zu schaffen ist, alle benachteiligten Schülerinnen und Schüler, ob mit oder ohne Migrationshintergrund bei unseren Arbeitsbedingungen angemessen und ausreichend zu fördern. Ich weiß, dass wir spätestens über die Abschlussprüfungen wieder daran beteiligt sein werden, Schülerinnen und Schüler in drei verschiedene Schubladen zu stecken: Stark – mittel - schwach. Ich arbeite gerne an einer Gesamtschule, weil ich hier viele Kolleginnen und Kollegen treffe, die selbstkritisch und bereit sind Neues auszuprobieren. Das hängt damit zusammen, dass der Anspruch, heterogene Lerngruppen zu unterrichten, fest verankert ist und immer wieder an der eigenen Praxis gemessen werden muss. Das heißt: Alle Kinder sind hier richtig. Wenn du den Eindruck hast, ein Kind sei falsch, dann musst du dich zuerst fragen, was mit dir nicht stimmt. Dies gilt nicht nur für Migrantenkinder, sondern für sozial Benachteiligte, Kinder aus so genannten bildungsfernen Schichten. Wir nehmen die Kinderarmut deutlich wahr. Wir können uns über mangelnde Heterogenität nicht beklagen und wenn wir alle Migrationshintergründe addieren, lässt sich die Zahl von rund ein Drittel Migrantenkindern nicht halten.

Trotzdem trifft der von Frank-Olaf Radtke im Wiesbadener Kurier gegen die Gesamtschulen erhobene Vorwurf der „institutionellen Diskriminierung".

Laut Wikipedia: Institutionelle Diskriminierung versteht Diskriminierungen ... als Ergebnis sozialer Prozesse. Mit dem Wort *institutionell* wird darauf verwiesen, dass die Ursachen von Diskriminierung in einem organisatorischen Handeln stattfinden. Dieses findet statt in einem Netzwerk gesellschaftlicher Institutionen. Radtke meint die begrenzte Aufnahme von Migrantenkindern.

Indem er diesen Begriff isoliert auf die Aufnahmepraxis der Gesamtschulen anwendet, unterstützt er eine pauschalierende Schuldzuweisung, die gerne von den konservativen Gegnern eines integrierten Schulsystems aufgenommen wird. Radtke spricht zwar von einem „Zusammenspiel", aus dem sie entstehe, handelt dies aber sehr oberflächlich ab, so dass CDU-Landtagsabgeordneter Klee scheinheilig äußern kann: „Hinter der von der SPD landesweit propagierten Einheitsschule verbirgt sich also offensichtlich eine ganz brutale Ungerechtigkeit".

Durchschnittlich werden in Wiesbaden seit einigen Jahren 42 Prozent Migrantenkinder eingeschult. An der IGS Kastellstraße werden rund ein Drittel Migrantenkinder unterrichtet. Radtkes Forderung, dass der Anteil auslän-

discher Kinder wenigstens dem Wohnumfeld entsprechen solle, scheint einleuchtend, mutet den Gesamtschulen jedoch neben dem eigenen Anspruch des „GEMEINSAMEN LERNENS“ noch die Aufgabe einer ausgleichenden Gerechtigkeit zu. Damit verkennt oder leugnet er die tatsächlichen Legitimationszwänge, die für Gesamtschulen gemeinhin gelten.

Hinzu kommt für die IGS Kastellstraße, dass sie für etliche Kinder zweite Wahl nach der Helene-Lange-Schule ist. Sie fallen aus den vorgezogenen, außerordentlichen Aufnahmeverfahren heraus (kein Kunststück: auf 100 Plätze gibt es 400 Anmeldungen) und sie erwarten an der IGS Kastellstraße ähnliche Bedingungen vorzufinden wie an der Helene-Lange-Schule. Dies kann aber auf Grund der schlechteren Ausstattung mit Lehrerstellen bei allem Engagement nicht der Fall sein.

Obwohl die Gesamtschule alle Bildungsabschlüsse ermöglicht und viele von ihnen sich auch für die Förderung „Hochbegabter“ qualifiziert haben, gilt sie häufig immer noch als zweitklassig: „Ihr Kind ist zwar nicht gymnasialtauglich, aber vielleicht klappt es ja an der Gesamtschule.“ Mit dem Anspruch, Kinder mit unterschiedlichen Voraussetzungen adäquat fördern zu wollen und zu können, wird ihr „Gleichmacherei“ vorgeworfen. Ein solcher Anspruch gefährdet die traditionell geltenden Pfründe und Ansprüche der sog. Mittelschicht auf höhere Schulabschlüsse. Nebenbei: In der Wirtschaft nahe stehenden Kreisen wurde hier und da schon aus ökonomischen Gründen mit einem integrierten Schulsystem sympathisiert. Es geht um die dringend notwendige Ausschöpfung von Begabungsreserven. Man war sich aber sicher, dies dann nicht Gesamtschule zu nennen, denn dieser Begriff sei „kontaminiert“. So viel zu den jahrelangen Bemühungen engagierter Kolleginnen und Kollegen, die Gesamtschule aus der Schmuddelecke heraus zu holen und dem Mythos von den natürlichen Begabungen, den die sog. Mittelschicht so pflegt, entgegen zu arbeiten.

Ausgehend von der bisherigen Berichterstattung vermute ich, dass der Wiesbadener Kurier keineswegs wohlwollend den – wie ich finde - schwierigen und anspruchsvollen Weg der Wiesbadener Gesamtschulen begleitet. Es drängt sich die Vermutung auf, dass im kommenden Wahlkampf von konservativer Seite aufgerüstet werden soll gegen die immer lauter werdenden Stimmen für ein integriertes Schulsystem. Was Professor Radtke veranlasst, seinen Vorwurf der „institutionellen Diskriminierung“ gerade an der Helene-Lange-Schule und der IGS Kastellstraße festzumachen, bleibt mir verschlossen.

Übrigens kürzte der Wiesbadener Kurier meinen Leserbrief in der Sache um u.a. folgende Bemerkung: „Vielleicht wird der Run auf die IGSn jetzt (nach dieser Kampagne) noch größer, weil – wie viele Mittelschichteltern befürchteten – da doch nicht so viel böse Alis sind.“

Wenn ich mir was wünschen dürfte, dann ist es die voll ausgebaute „Zwangsgangstagsschule“. Wir können im Zeitraum bis 13 Uhr noch so viel fördern und integrieren. Wenn wir dann Ausländerkinder oder Kinder aus benachteiligten Schichten mit Hausaufgaben nach Hause entlassen, überlassen wir sie weitgehend ihrem Schicksal. Die IGS Kastellstraße arbeitet deshalb intensiv daran, eine echte Ganztagsschule zu werden.

Fazit aus der Befragung aller Schülerinnen und Schüler der vierten Klassen des Schuljahres 2006/07 an den staatlichen Grundschulen der Stadt Wiesbaden durch Dipl.-Soz. Alexander Schulze (Uni Mainz):

„Nicht nur die soziale Herkunft selbst, sondern auch die Sozialstruktur der Schule ist entscheidend für den individuellen Bildungserfolg.

Im Gegensatz zur Schichtzugehörigkeit spielt der Migrationsstatus und der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in der Schule keine Rolle für den Bildungserfolg.“

Rechenschaftsbericht 2004-2005-2006-2007

Mitgliederversammlungen

in der Aula der Blücherschule
10.2.04 Vorstellung der KandidatInnen für den GPRLL
29.9.04 Mitgliederversammlung
2.11.04 Vorstellung des neuen Leitungsteams: Ute Harlos, Doro Stöver, Thomas Eilers, Michael Zeitz

Interne Arbeit

- Die Sitzungen des Kreisvorstandes sind öffentlich und finden regelmäßig alle 14 Tage Dienstag 19.30 Uhr in der Geschäftsstelle statt. Teilnehmerkreis: Der Kreisvorstand, VertreterInnen aus dem GPRLL und dem Hauptpersonalrat und einige aktive Mitglieder.
- Büroarbeit
  Hella Wartenberg arbeitet stundenweise als Angestellte. Sie bearbeitet die Verschickung von Material, Einladungen etc. Zusätzlich hat sie sich in die Software zu Fragen der Altersteilzeit und Ruhestandsregelungen eingearbeitet und kann Beratungen durchführen.
  Sprechzeiten sind regelmäßig donnerstags 15–17 Uhr in der Geschäftsstelle. Zu dieser Zeit ist auch ein Mitglied des Kreisvorstandes anwesend.

Es gab zwei Seminare zur Arbeitsstruktur innerhalb der Wiesbadener GEW.
Im April 2004 fand in der Krautgartenschule ein Treffen statt, bei dem die neue personelle Situation des Kreisvorstandes das Thema war.
Im September 2005 nahmen die Mitglieder des Kreisvorstandes an einem zweitägigen Schulungsseminar teil. Hierzu wurde Uwe Becker als Coach eingeladen.

Teilnahme an den Delegiertenversammlungen der Landes GEW

- Landesvertreterversammlung November 2005 in Hanau
- Landesvorstandsklausuren
- Mitarbeit in den Landesfachgruppen
- Regelmäßige Teilnahme bei den Kreisrechnertagungen

Mitgliederbetreuung

- Informationsbriefe zu aktuellen Themen
- GEW-Info aus dem Gesamtpersonalrat zum Aushang in den Schulen
- Anschreiben zur Begrüßung bei Neuaufnahme in die GEW mit aktuellen Informationen
- Werbungsschreiben für neu eingestellte Lehrkräfte an die Schuladresse
- Nachfrage nach den Gründen bei Austrittserklärungen
- Vorstellung der GEW-Arbeit in den Studienseminaren bei den Erstsemestern
- Vertrauensleutesitzung 6.7.2004 und am 22.3.2007

- Ehrung langjähriger Mitglieder im Rahmen einer Feier
  9.Juli 2004 im Bürgerhaus Sonnenberg
  27. Juni 2007 in der Mensa der IGS Kastellstraße

Arbeit in den Fachgruppen
Es trafen sich regelmäßig die Fachgruppe Grundschule, Fachgruppe Förderschule und Fachgruppe Berufsschule.

Fachgruppe Grundschule

Es fanden in jedem Schuljahr zwei Treffen statt. Zu Beginn des Schuljahres wurde die Situation an den einzelnen Schulen besprochen. Dabei waren die Versorgung mit Lehrkräften und die Klassengrößen ein wichtiges Thema. Es ging um doppelte Klassenführung, die Zusammenlegung von Klassen und Klassenführungen durch BAT-Kräfte.
Der Umgang mit den Orientierungsarbeiten in den 3. Klassen wurde besprochen. Dazu konnten Erfahrungen mit dem Umgang ausgetauscht werden. Schmerzlich musste die Arbeitszeiterhöhung zur Kenntnis genommen werden. Auch hier war es interessant zu hören, wie an den Schulen zunächst in unterschiedlicher Art und Weise damit umgegangen wurde.
Ein Austausch über den Umgang mit der Schulinspektion und den Jahresgesprächen stellt sich neuerdings als wichtig heraus. Die Grundschulen wurden durch die Fachgruppe darauf hingewiesen, dass jede Schule ihren eigenen Fortbildungsbedarf einreichen kann.
Von der Fachgruppe Grundschule wurde eine Veranstaltung im Februar 2007 durchgeführt, bei der die Referentin, Frau Prof. Dr. Charlotte Röhner, eingeladen war und zum Thema „Herausforderung Deutschunterricht – bei den vielen Vorgaben von oben“ referiert hat. An der Veranstaltung beteiligten sich ca 30 Kolleginnen und Kollegen. (s. WLZ-Artikel) Die Fachgruppe setzte sich mit den Ansätzen zur Sprachförderung von Frau Röhner, das Diagnose, Handlungsorientierung und die Einbeziehung, insbesondere der Migranteneltern, betrifft, auseinander.
Die Fachgruppe fand auch die Zeit sich mit Material zur Sprachförderung zu beschäftigen und ein Referat zum Thema „Auslandsaufenthalt als Grundschullehrerin“ in der Sitzung auf der Tagesordnung zu haben.
Bei der Landesdelegiertenversammlung im November 2005 wurde der Antrag der Landesfachgruppe unterstützt, der die Forderung nach Erhöhung der Besoldung auf A 13 auch für GrundschullehrerInnen einbrachte. Dies ist ein wichtiges Argument in der Diskussion um den hohen Frauenanteil in der Grundschulpädagogik und die Auswirkungen, die diese Tatsache auf die

Erziehung von Jungen hat.
Die „Unterrichtsgarantie Plus“ trifft Grundschulen besonders hart, weil dort wirklich jeder glaubt, ausreichende pädagogische Fähigkeiten einbringen zu können. In der Fachgruppe Grundschule wurden die Personalräte darin bestärkt darauf zu drängen, qualifizierte Personen in den Pool der Vertretungskräfte zu nehmen.
An dieser Stelle soll noch einmal an die Aktion des Kollegiums der Hebbelschule erinnert werden, die im Juni 2005 von Herrn Kinkel (Bundesaußenminister a.D.) und Frau Wolff in einer pressewirksamen Veranstaltung Lernmaterial überreicht bekamen. Dieser Moment wurde vom Personalrat der Schule und anderen GEW-Kolleginnen zum Anlass genommen, auf Missstände im Grundschulbereich hinzuweisen, die mit netten Lernmaterialien nicht behoben werden. Frau Ministerin war not amused.

Kreisfachgruppe Sonderpädagogik für den Zeitraum 2005/2006/2007

Die Fachgruppe Sonderpädagogik hat in den letzten Jahren vierteljährlich, seit diesem Jahr halbjährlich getagt. Die Beteiligung war bei den meisten Veranstaltungen erfreulich und schwankt zwischen 8 und 15 Personen. Es nehmen Kolleginnen und Kollegen aus den Förderschulen und dem Gemeinsamen Unterricht teil, die Treffen finden in verschiedenen Förderschulen statt, die man bei dieser Gelegenheit kennen lernen kann.
Themenschwerpunkte waren in diesem und in den letzten Schuljahren u. a. die Situation an den Förderschulen und GU- Schulen in Hinblick auf die Umsetzung von U+, Berichte über Schulinspektionen und die Problematik der veränderten Fortbildungssituation, z.B. der völlig unzureichenden Angebote im sonderpädagogischen Bereich.
Intensiv beschäftigt haben wir uns außerdem mit der vom staatlichen Schulamt angeordneten und vor kurzem wieder zurückgenommenen Neuregelung der Zuständigkeiten der Beratungs- und Förderzentren sowie deren Auswirkungen auf den GU im Schulaufsichtsbezirk; die Situation im Gemeinsamen Unterricht, z.B. der Einsatz von Kolleginnen und Kollegen im Vertretungsunterricht, ist immer wieder Thema.
Über die im Jahr 2005 heftig diskutierte Neuregelung der Arbeitszeiten von Erzieherinnen an Förderschulen wurde umfassend informiert und dazu Stellung bezogen. Durch die Teilnahme an den Treffen der Landesfachgruppe Sonderpädagogik war für einen regelmäßigen Austausch der Informationen auf Landesebene gesorgt.

Öffentlichkeitsarbeit

Kontakte zu anderen Organisationen (Sozialforum Wiesbaden, Attac Wiesbaden)
- Infostand in der Innenstadt zur Unterschriftensammlung gegen das neue Schulgesetz im Bündnis von Eltern, Schülern und LehrerInnenverbänden.

November 2004 Mobilisierung zur Unterschriftenübergabe
- Wir folgten der Einladung zur Teilnahme an Veranstaltungen der Grünen Wiesbaden am 17.6.04 zur Bildungspolitik und am 21.3.06 zum Thema Ganztagsschulen.
- Presseinformationen, LeserInnenbriefe und Gespräche mit dem Wiesbadener Kurier
- Teilnahme an Sitzungen des Ausschusses für Schule und Kultur
- Zu den Kommunalwahlen wurde mit den „Wahlprüfsteinen“ des DGB eine Plakatwand gestaltet.
- 10 Ausgaben der Wiesbadener LehrerInnenzeitung (WLZ)
- 19 Infos aus dem GPRLL

Veranstaltungen

„Bürger hört die Skandale“
Kulturveranstaltung mit Dietrich Kittner
22.11.04 im Kulturpalast
Fortbildungszwang und Jahresgespräche
Referent Joachim Euler
2.3.05 im Hilde Müller Haus
Arbeitszeitmodelle
Referenten aus Hamburg, Baden-Württemberg, Frankfurt
2.6.05 Hilde-Müller Haus
Bildungsbericht der Stadt Wiesbaden
Referent Prof. Radtke
19.1.06
Unterrichtsgarantie plus
Referent Harald Freiling und Vertreter des Schulelternbeirates
21.6.06 Hilde Müller Haus
Veranstaltung als Fortbildung für LehrerInnen im Vorbereitungsdienst
Körperpräsenz und Stimme
Referentin Frohmut Knie
9.5.07
Aktionstag „Ausbildung für alle“
Thomas Eilers, Doro Stöver, Uli Horbrügger
24.5.07 im Rathaus Wiesbaden
Personalräteschulung 7.11.07
Ingolf Bergmann, Monika Frobel, Michael Zeitz
Aufgaben der Personalvertretung

In Vorbereitung

- Veranstaltung zur Landtagswahl am 16.1.08 mit Vertretern der Parteien zur Hessischen Bildungspolitik
- Veranstaltung zum Thema Gesundheits- und Arbeitsschutz in der Schule

Lothar Bembenek,
Martin Niemöller Schule Wiesbaden

Landesabi - und wie weiter?

Das erste Landesabitur in Hessen war ein voller Erfolg. Die Qualifikation der hessischen Abiturienten auf hohem, nun vergleichbarem Niveau kann sich sehen lassen. Die immensen Investitionen der CDU-Landesregierung unter Roland Koch und Karin Wolff in Qualitätssicherung, Lehrer- und Schüler-Kontrolle und Schulinspektion tragen die ersten Früchte. Vor Pisa braucht sich Hessen nicht mehr fürchten: So oder ähnlich dürften die vorgefertigten Erfolgsmeldungen lauten - wären da nicht einige kleinere Mängel, die auszusprechen sich gar nicht lohnen, denn im nächsten Schuljahr wird alles besser: 2500 versprochene neue Lehrer, um die Hauptschule mit letztem Einsatz überleben zu lassen und das IQ-Institut zu einer Parallelbürokratie ausbauen und Ausbau der Schulklassen auf Schülerzahlen von 30-35 Insassen (in zu kleinen Schulräumen). Aber bleiben wir bei den „kleineren Mängeln“ des Abiturs. Leider fehlen noch manche Rückmeldungen über Pannen. Wie kam es, dass per E-Mail des KuMi noch direkt vor Ausgabe der schriftlichen Prüfungsaufgaben in Chemie und Physik Zahlen verändert werden mussten? Aber nicht alle Fehler konnten rechtzeitig korrigiert werden. So hatten mindestens 300 Abiturienten und Abiturientinnen (= 2/3 aller Leistungskurse Geschichte) mangelhafte Abiturvorschläge zu bearbeiten, was fast zwangsläufig zu fehlerhaften Bewertungen führen musste - zu Lasten der Prüflinge. Wird es 300 privatrechtliche Verfahren gegen das KuMi geben zur Überprüfung und Anhebung der Noten? So etwas wissen sicher das KuMi und seine untergebenen Stellen zu verhindern. Wie dies geschieht, soll am Fall der Martin-Niemöller-Schule Wiesbaden (Oberstufengymnasium) exemplifiziert werden. Hiervon war ich als prüfender Lehrer betroffen.

Doch erst zu der Darstellung der Sachfehler in den Prüfungsvorschlägen.

Aufgabenvorschlag 2: Aus Material I („Rede Siebenpfeiffers“ 1832 in Hambach) war der entscheidende Satz zur Frauenemanzipation weggelassen. Die Aufgabe bestand nämlich darin, einen Vergleich zu Material 2 (Rede Willi Brandts) herzustellen, welcher sich auf die Anknüpfung der SPD an die Tradition des Vormärz, inklusive Frauenrechte, bezog. Nach den Texten konnten so die Schüler, entgegen der Aufgabenstellung im Bezug auf die Frauenemanzipation keine Kontinuitäten herstellen, müssten eigentlich Brandt der Unwahrheit bezichtigen.

Ich habe dies in meinem Notengutachten vermerkt und Schülern, die z.B. besser informiert waren als der Aufgabensteller des KuMi auch entsprechend bessere Noten gegeben, die vom Korrektor akzeptiert wurden. Ich (wir) haben somit gegen den landesweiten Erwartungshorizont verstoßen, was die Schulleitung als dienstrechtlichen Verstoß bezeichnete. Ich nehme zudem an, dass die Schulleiterin Fr. Waldorff, nach dem Regierungsantritt der CDU gegen die Ablehnung des Kollegiums an unserer Schule inthronisiert, mich bewusst in Unklarheit hält, um mich unter Druck zu setzen, nichts zu unternehmen. Zur Zeit laufen von mir zwei Dienstaufsichtsbeschwerden gegen sie.

Aufgabenvorschlag 3: Text aus dem Tagebuch Klemperers 1936 zur Olympiade und besonders zur Judenpolitik Hitlers. Der Auszug beinhaltet einen Satz über die „Jüdin“ Helene Meyer, die sich „nicht schämte“, eine Silbermedaille für Hitler zu erkämpfen. Obwohl der Text mit vielen (zudem meist unnötigen) Annotationen versehen war, gab es keine Erklärung zu Helene Meyer. Die Schüler, die die Analyse Klemperers und die Judenpolitik bewerten sollten, wurden **zu falschen Schlussfolgerungen verleitet**, nämlich, dass deutsche Juden an den Olympischen Spielen teilnahmen und die Jüdin Helene Meyer „Verrat an ihren diskriminierten Leidensgenossen“ begangen hätte.

Der historische Hintergrund ist aber folgender: Das IOC drängte darauf, dass deutsche Juden an der Olympiade teilnehmen konnten, um angekündigte internationale Boykottdrohungen, die die Durchführung der Olympiade hätten gefährden können, zu verhindern. Deutsche jüdische Sportler, die schon nicht mehr in „deutschen“ Vereinen aktiv sein konnten, wurden daraufhin in Trainingscamps geschickt, um die Qualifikationsnorm zu erfüllen. Wer sich qualifizierte, wurde aber am Ende willkürlich disqualifiziert, sodass nur die Anwärterin auf die Goldmedaille Helene Meyer übrig blieb, die aus den USA zurückkehrte. Sie war allerdings eine „Halb“-Jüdin (aus Offenbach). In der Presse durfte ihre jüdische „Versippung“ aber nicht erwähnt werden. Sie nahm an der Olympiade nicht teil, um das NS-Regime zu unterstützen, sondern rang mit sich ob ihrer Teilnahme, da sie von der rassistischen Disqualifikation der jüdi-

schen Sportler wusste. Mit größter Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, dass sie teilnahm, um den Antisemitismus zu konterkarieren. Sie grüßte auf dem Siegerpodest dann auch mit Heil-Hitler, was Juden nicht erlaubt war. Sie soll sogar darauf bestanden haben, von Hitler empfangen und mit Handdruck beglückwünscht zu werden. Nach Paul Yogi Mayer („Die Jüdischen Olympiasieger", Kassel 2000) hat Hitler wohl nichts über die jüdische „Versippung" des gefeierten „Silbermädchens" gewusst.

Wie könnten Hessens Geschichtsprüfer auf Grund der mangelhaften Prüfungsvorschläge bewertet haben?

Als Resümee zu Aufgabenvorschlag 2 könnte z.B. stehen: „Brandt missinterpretiert aus politischen Opportunitätsgründen Siebenpfeiffer und die Vormärzbewegung, die wohl auch traditionell frauenfeindlich war. „Mögliche Bewertung des Prüfers: „Genaue Textanalyse mit logischer Schlussfolgerung." (gute bis sehr gute Leistung).

Und so könnte es z.B. bei Aufgabenvorschlag 3 heißen: „Deutsche Juden konnten bei den Olympischen Spielen teilnehmen. Klemperers Wahrnehmung ist völlig überzogen. Hitler ließ sich wegen der Olympischen Idee zumindest zeitweilig von seinem Antisemitismus abbringen." Mögliche Bewertung des Prüfers: „Das mag zwar richtig sein, doch muss die folgende Entwicklung stärker beachtet werden, deshalb nur noch gut."

Oder der Prüfling schrieb: „H. Meyer war gar keine („Voll"-) Jüdin, denn deutsche Juden durften nicht an den Olympischen Spielen teilnehmen. Klemperers Wahrnehmung ist falsch. Mögliche Bewertung des Prüfers: „Woher wollen SIe das wissen, wenn die Textvorlage von Klemperer eindeutig von der Jüdin Helen Meyer spricht. Schließlich ist Klemperer doch selbst Jude. Mangelhaft."

Es ließen sich noch manch andere Variationen denken. **Fazit: Müssten nicht zu Gunsten der Prüflinge die Bewertungen überprüft werden?** Es könnte um Erreichen des NC oder gar um Bestehen oder Nichtbestehen des Abiturs gehen - zumindest aber um eine gerechte Note. Dies wäre aber ein Eingeständnis der Kultusministerin Wolff, dass das „Abi von Oben" eventuell gravierendere Mängel in sich birgt als das bisherige kursbezogene Verfahren.

So wird folglich nicht nur diese Erkenntnis aus politischer Dogmatik heraus zur Seite geschoben, sondern das KuMi und hörige Schulleiter(innen) blockieren gemeinsam das Aufdecken dieser Mängel und Fehler auf dem Rücken der Abiturienten.

Schulleiterin Fr. Waldorff als Gutsherrin einer Landesdomäne

An der Martin-Niemöller-Schule Wiesbaden lief dies wie folgt ab: Als Prüfer entdeckte ich bei der Vorauswahl vor der Prüfung („aus 3 Vorschlägen mach 2") den Sachfehler mit der „Jüdin Helene Meyer" und bemerkte in der Runde der Prüfer, dass ich meine Prüflinge auf den Fehler aufmerksam machen werde. Dies tat ich und vermerkte dies im Prüfungsprotokoll. Den Fehler durch die Kürzung der Rede Siebenpfeiffers entdeckte ich erst bei der Korrektur.

In beiden Prüfungsvorschlägen musste ich somit gegen den „Erwartungshorizont" - somit gegen die Einheitlichkeit des Landsabiturs - verstoßen. Meine Entscheidung war zwischen „Decken der Fehler des KuMi und Erteilen ungerechter Noten" (und Pluspunkte für die „Karriere" bunkern) oder „Verstoß gegen Dienstanweisungen und gerechte Benotung" (und weiteren Liebesentzug durch die Schulleiterin erleiden).

Unmittelbar nach Beendigung der Korrektur der schriftlichen Leistungskursarbeit Geschichte stellte ich einen Antrag an die Fachkonferenz Geschichte zu den beiden geschilderten Prüfungsvorschlägen. Die Schulleiterin **Fr. Waldorff verbot die Behandlung in der Fachkonferenz**, da die Abiturvorschläge nicht an die nichtprüfenden Kollegen weitergegeben werden dürften, **da ein Verlag das Copyright hätte**. Erst im neuen Schuljahr könnten dann die Vorschläge diskutiert werden, so ein „Vertreter" der Schulleiterin in der Fachkonferenz, die gegen dieses Verfahren protestierte.

Fr. Waldorff nahm keinen persönlichen Kontakt mit mir als Überbringer und „Verursacher der schlechten Nachricht" auf. Es ist „politisch nachvollziehbar" und konsequent, dass sie mir über die Fachsprecherin Geschichte mit „dienstrechtlichen Konsequenzen" drohen ließ, sollte ich den Erwartungshorizont des Landesabiturs verändert haben - dies musste ich aber, wie geschildert, um meinen Schülern die Fehler des KuMi nicht anzulasten. Ich habe dies in den einzelnen Notengutachten der Schüler begründet. Meine Verfehlung machte ich also aktenkundig. Drehte ich mir daraus so meinen eigenen Strick? Ich fragte meine fachlich nicht kompetente Schulleiterin schriftlich, ob ich als

der Überbringer der schlechten Nachricht nun gehängt oder, ob meiner Fachkompetenz, belobigt werden sollte. Ich erhielt keine Antwort.

Alles klar beim mündlichen Abitur?

Auch das mündliche Abitur hatte seine Tücken. Seit drei Jahren kann die Schulleitung den Vorsitz in allen mündlichen Prüfungen selbst übernehmen - und ggf. **die Note eigenständig bestimmen**, unabhängig, ob sie fachkompetent ist (das Fach studiert hat). Sie hat nur zu behaupten, das sie „fachkundig“ sei. Wer deutsch versteht, darf die Note in Deutsch festsetzen, wer einkaufen kann, die in Mathematik, etc. Wen wundert es dann noch, dass die Schulleiterin Fr. Waldorff sogar als Zuschauerin in einer Prüfung versuchte, die Note der Prüfungskommission herunterzudrücken.

Müssen sich Abiturienten und Lehrer alles gefallen lassen?

Das erste Landesabitur Hessens hat skandalöse Aspekte, Ungerechtigkeiten, die zu beseitigen, Pflicht der Landesregierung ist - ansonsten sollte **eine Klagewelle von der GEW organisiert und unterstützt werden**. Hessen braucht eine kritische und offensive Aufarbeitung des Landesabiturs und Aktivitäten zur Verhinderung, dass Schulen weiter auf das Niveau von Gutsherrenhöfen zurückgeworfen werden. Siebenpfeiffers vollständige Rede für mehr Demokratie und Recht kann dabei helfen.

Also: Die Abiturienten können ein Jahr gegen die Noten ihres Abiturzeugnisses klagen! Auf geht‘s!

Impressum:

Wiesbadener Lehrer- und Lehrerinnenzeitung. **Herausgeber** ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wiesbaden, Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden, Tel: 0611/406670, EMail: gew-wiesbaden@gmx.net

Redaktion: Birgit Bossert, Thomas Eilers, Ute Harlos, Katja Plazikowsky, Doro Stöver, Michael Zeitz. Weder die Redaktion noch die GEW Wiesbaden sind für die mit Namen gekennzeichneten Artikel verantwortlich. Allerdings bieten wir Raum für couragierte und streitbare Standpunkte.

Jürgen Jäger

Das Trinkwasser in Wiesbaden

Das Wiesbadener Trinkwasser wird aus verschiedenen Versorgungsbereichen an die Wiesbadener Menschen verteilt, so z.B. bekommt ein großer Anteil der Wohnbevölkerung ihr kostbares Gut und wertvollstes Lebensmittel vom Wasserwerk Schierstein. Als die Linke Liste am 17.08.06 den Magistrat aufforderte zu berichten, inwieweit das Trinkwasser mit dem Giftstoff Perflorierte Tenside (PFT) belastet sei, wurde bestätigt, dass diese krebserregende und Erbgut verändernde Substanz im Trinkwasser vorhanden ist. Als die Dimension der Belastung deutlich wurde, hatte der zuständige Dezernent nichts eiliger zu tun, als diese Substanzen als nicht akut gefährlich und als nicht relevant zu beschreiben. Als im Juni 2007 der Wiesbadener Presse zu entnehmen war, dass sich das Herbizid Chloridazon, ein chemischer Stoff, der im so genannten Pflanzenschutz eingesetzt wird, in Dänemark und Polen aber verboten ist, im Trinkwasser von Wiesbaden gefunden wurde, in Bayern und Baden-Württemberg schon 2005, wurde er mit einer entsprechenden Ausnahmeregelung durch das Gesundheitsamt als nicht gesundheitlich bedenklich eingestuft. Nur auf welcher Grundlage diese Ausnahmeregelung erteilt wurde, ist nicht genannt worden. Eine gesundheitliche Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Genuss PFT-haltigen Trinkwassers wollte der Wiesbadener Oberbürgermeister nicht ausstellen. Auch konnte nicht geklärt werden, wie sich PFT-Giftstoffe im menschlichen Organismus verhalten und aus dem Blut entfernt werden. Aber sind die Wiesbadener Menschen etwa „giftresistenter“? Wie wirken sich diese derzeit bekannten Mehrfachbelastungen aus dem Trinkwasser auf das ungeborene Leben aus? Werden noch andere Giftstoffe im Trinkwasser, wie z.B. radioaktive Kontrastmittel, hormonell wirksame Substanzen oder etwa die starken Epilepsiemedikamentenrückstände im Wiesbadener Trinkwasser gefunden? Ist das alles noch duldbar? Das Produkt PFT steht schon länger unter medizinischer Beobachtung. Hier weist der Umweltmediziner Prof. Dr. Thomas Eikmann, UNI Gießen, zu Recht auf ein Beispiel für die unzureichende Kontrolle und Bewertung von Umweltkontaminationen durch den Staat hin. Die Verantwortung für Versäumnisse liegt daher bei den politisch Verantwortlichen, auch in Wiesbaden, und diese müssen endlich ihren Verpflichtungen für die Sicherung und Reinheit unseres kostbaren Gutes Trinkwasser nachkommen.

„Teufelskreis Kinder- und Bildungsarmut durchbrechen"

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützt die Anstrengungen des Deutschen Kinderhilfswerks, den Teufelskreis aus Kinder- und Bildungsarmut zu durchbrechen. „Kinder- und Bildungsarmut sind zwei Seiten einer Medaille. Sie wachsen und werden von Generation zu Generation vererbt. Dieser Entwicklung muss durch einschneidende sozial- und familienpolitische Maßnahmen und Veränderungen im Bildungssystem begegnet werden: Wir brauchen einen nationalen Pakt gegen Kinderarmut", sagte GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne mit Blick auf den am 15.11.07 vorgestellten „Kinderreport 2007". Um Kinder- und Bildungsarmut effektiv zu bekämpfen, bedürfe es einer abgestimmten Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen. „Wir müssen Armutslöhne verhindern, Bildungsangebote verbessern, Bildungsbarrieren abbauen, Familien von Bildungsausgaben entlasten und Kinder materiell absichern", umriss Thöne das Aufgabengebiet.

Die Schulleiterin Dolores Jane Umbridge, 1. Untersekretärin des Zaubereiministers und Großinquisitorin von Hogwarts

Der GEW-Vorsitzende machte sich für Lernmittelfreiheit, einen kostenfreien KiTa-Zugang und den Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Platz in einer Kindertageseinrichtung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr stark. Dieser Rechtsanspruch müsse uneingeschränkt auch für Kinder von arbeitslosen Eltern gelten. „Fast alle Lehrerinnen und Lehrer kennen das Problem: Zu Beginn jedes Schulhalbjahres sitzen Kinder aus armen Familien ohne Hefte, Stifte und Taschenrechner im Klassenraum, weil ihren Eltern schlicht das Geld dafür fehlt. Die Regelsätze reichen nicht aus: Deshalb ist es ein erster, wichtiger Schritt im Kampf gegen Kinderarmut, wenn die Bezieher von ALG II und Sozialhilfe künftig zwei mal im Jahr eine zusätzliche Pauschale für den Schulmittelbedarf bekommen", sagte Thöne. „Wenn arme Familien zusätzliche Pauschalen für Schulmittel bekommen, darf ihnen das Geld aber nicht gleich wieder für das Essen in Krippen, Kitas und Schulen, für Schulbücher oder Klassenfahrten aus der Tasche gezogen werden." Kinder aus ALG II-Empfängerfamilien müssten Anspruch auf ein kostenfreies und qualitativ hochwertiges Essen in KiTas und Schulen haben.

Die „drastische Senkung der Zahl der Schulabbrecher" sei zentrale Aufgabe eines zwischen den Bundesländern abgestimmten Konzeptes. Dafür bedürfe es zusätzlicher Mittel um „gefährdete" Jugendliche präventiv individuell zu fördern. Zudem seien spezielle Programme zur Förderung junger Migranten notwendig. „Grundsätzlich brauchen wir die Abkehr von unserem auf knallharte Auslese getrimmten Schulsystems hin zu einem integrativen, das alle Kinder mitnimmt. Wir brauchen ein längeres gemeinsamen Lernen in einer Schule für alle Kinder", unterstrich Thöne.

Er machte deutlich, dass die Überwindung von Kinder- und Bildungsarmut nicht zum Nulltarif zu haben sei. „Neben Umschichtungen bei den Familienleistungen müssen wir bereit sein, erheblich mehr Geld für Bildung und einen Sozialstaat auszugeben, der den Kindern ein Aufwachsen ohne Armut ermöglicht. Einen armen Staat können sich nur die Reichen leisten."

** Harry Potter und der Orden des Phönix, Carlsen Vlg.Hamburg 2003, S. 362*

HESSEN

das Bildungsland Nr. 1 in Individueller Förderung Plus®

Alle Kinder werden bis ins 10. Schuljahr gemeinsam unterrichtet

Pro Lerngruppe höchstens 16 SchülerInnen

Pro Lerngruppe zwei Lehrer

Pro 360 Schüler ein Schulpsychologe

Pro Schule mindestens ein Sozialpädagoge

Alle Schulen werden Ganztagsschulen

Utopisch?

Visionär?

Verwunschen?

Ausweglos?

Wo ein Wille ist ist auch ein Weg!

Wie stark ist der Wille der Volksvertreter? Worauf gründet er sich und wem nutzt er? Das und vieles mehr erfahren wir -mehr oder weniger-

16.01.2008, 18.00h
IGS Kastellstraße
Wiesbaden

Zu Beginn der Veranstaltung wird Diplom-Soziologe Alexander Schulze von der Universität Mainz seine Untersuchung „Sozialstrukturelle Rahmenbedingungen an Wiesbadener Grundschulen“ vorstellen.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Wiesbaden, Tel.:0611/406670, gew-wiesbaden@gmx.net

GEW

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

wie kürzlich aus berufenem Munde aus dem Amt zu erfahren war, sind alle unsere Daten im hessischen Kultussupermarkt „Control Data Warehouse“ (KDW) im Angebot. Die Wach- & Schließgesellschaft desselben nennt sich „Hessisches Competence Center“. Muss das sein?, fragen wir uns.

Der Kreisvorstand der GEW Wiesbaden lädt dich herzlich zur

Mitgliederversammlung am 12. Dezember 2007, 19 bis 22 Uhr im Bürgerzentrum Adlerstraße, Adlerstraße 19, Wiesbaden ein.

Für kleine Speisen und Getränke ist gesorgt und ganz so trocken, wie die Tagesordnung aussieht wird es nicht. Die Tagesordnung wurde allen Mitgliedern zugeschickt.

Wir freuen uns, wenn du kommen kannst und so die GEW-Arbeit mit unterstützt. Die Verschlechterungen unserer Arbeitsbedingungen können wir nur gemeinsam abwehren, und eine Landtagswahl allein bringt noch keinen pädagogischen Frühling.

Gemeinsam sind wir stärker!

Ute Harlos, Doro Stöver, Thomas Eilers, Michael Zeitz

Wir gratulieren

zur 25-jährigen Mitgliedschaft:

Bernad-Schunder, Kar.	*11.1982*
Dibbern-Lustig, Regine	*09.1982*
Fritz, Annegret	*10.1982*
Gerriets, Elke	*08.1982*
Goranow, Temenuga	*07.1982*
Riedl, Inge	*11.1982*
Schmidt, Gisela	*11.1982*
Wowereit, Jürgen	*07.1982*

zur 30-jährigen Mitgliedschaft:

Bahr-Miller, Ingrid,	*10.1977*
Betz, Johanna	*07.1977*
Cürten, Helga	*12.1977*
Flick, Dietet	*09.1977*
Göppert, Christa,	*12.1977*
Gössl, Horst	*12.1977*
Guder, Karin	*11.1977*
Hegemann, Doris	*12.1977*
Hübner, Eleonore	*12.1977*
Schefski-Heidelberg, Gudrun	*06.1977*
Winter, Wolfgang	*06.1977*
Wirth-Schiffler, Kerstin	*07.1977*

zur 35-jährigen Mitgliedschaft:

Brill, Gesa,	*11.1972*
Burck, Jürgen	*06.1972*
Burck, Helga	*06.1972*
Caspritz, Ursula,	*11.1972*
Immel, Wilfried	*10.1972*
Schoer-Petry, Gerlinde,	*11.1972*
Schuld, Heinrich,	*10.1972*
Schütte, Sigrid	*12.1972*
Verfuß, Monika	*09.1972*

zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Altrichter, Hermann,	*10.1967*
Blum, Roland	*09.1967*
Fette, Doris	*11.1967*
Furche, Günter	*07.1967*
Lahmer, Johannes	*09.1967*
Müller-Spielmann, Elsa	*10.1967*
Reinhard-Menz, Erika	*11.1967*

Die Urkunden werden anlässlich unseres Sommerfestes feierlich überreicht. Eine besondere Einladung dazu erfolgt im neuen Jahr.

Am 6. und 7. Mai 2008 sind

Personalratswahlen

Gewählt werden die schulischen Personalräte, der Gesamtpersonalrat und der Hauptpersonalrat.